


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 12.09.2013

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:15 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratesvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
10.	Entscheidungsvorlagen	
10.18.	Ergänzung des Radverkehrskonzeptes um "Buga- Radwege" Einr.: Fraktion SPD	0986/13
10.19.	Bebauungsplan ANV621 "Wohnbebauung südlich der Augsburger Straße im Wohnquartier Nord" - Satzungsbe- schluss Einr.: Oberbürgermeister	0994/13

10.20.	Vertrag über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1078/13
10.21.	Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1082/13
10.22.	Nutzung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" als generationenübergreifendes Stadtteilzentrum und Wiedereröffnung der Stadtteilbibliothek Einr.: Ortsteilbürgermeister Herrenberg	1089/13
10.23.	Verlängerung der Öffnungszeiten für die Erfurter Außengastronomie Einr.: Fraktion CDU	1164/13
10.23.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 1164/13 - Verlängerung der Öffnungszeiten für die Erfurter Außengastronomie	1649/13
10.24.	Jahresrechnung 2012 Einr.: Oberbürgermeister	1218/13
10.26.	Bebauungsplan ILV654 "Magdeburger Allee/Stollbergstraße"; Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1244/13
10.28.	Feststellung der Jahresrechnung 2011 Einr.: Oberbürgermeister	1285/13
10.29.	Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin sowie der Beigeordneten Einr.: Oberbürgermeister	1288/13
10.30.	Bebauungsplan BIN553 "Straßenquerverbindung Binderslebener Landstraße-Gothaer Straße (B7)"- Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1292/13
10.31.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel" - Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1295/13

10.32.	Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Flughafen Erfurt GmbH Einr.: Oberbürgermeister	1298/13
10.33.	Letter of Intent Projekt "Abfallbehandlung in der Partnerstadt Haifa" Einr.: Oberbürgermeister	1356/13
10.34.	Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1399/13
10.36.	Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13) Einr.: Fraktion CDU	1466/13
10.36.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1466/13 - Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13)	1626/13
10.37.	Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzungen Einr.: Fraktion SPD	1468/13
10.37.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 1468/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzungen	1664/13
10.40.	Tantiemen abschaffen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1498/13
11.	Informationen	
11.1.	Genehmigung Haushaltssatzung, Haushalts- und Finanzplan der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2013 Einr.: Oberbürgermeister	1422/13

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur die weiterführende Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sie übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen. Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß § 15 (6) GeschO liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor.

Im Anschluss wurde die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Die Änderungen der Tagesordnung wurden bereits in der Stadtratssitzung am Vortag bekannt gegeben.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

10. Entscheidungsvorlagen

10.18. Ergänzung des Radverkehrskonzeptes um "Buga-Radwege" 0986/13 Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 04.07.2013 in den Ausschuss.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Vorlage in seiner Sitzung am 29.08.2013 mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

einvernehmliche Abstimmung über geänderten Beschlusswortlaut:

Streichung des letzten Satzes "Dabei ist in Zusammenarbeit mit der BUGA-Gesellschaft ein entsprechender Wettbewerb für den Trassenverlauf und die Gestaltung auszuloben."

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2013 mit Änderungen (in Fassung des Bau- und Verkehrsausschusses) (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages und bat um Zustimmung zum geänderten Beschlusswortlaut und somit der Streichung des letzten Satzes.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und signalisierte die Zustimmung zur Vorlage. Zudem ging er auf die Problematik eines begonnenen aber nicht fertig gestellten Radweges im Ortsteil Berliner Platz ein und bat er darum Folgendes zu Protokoll zu nehmen: "Ich bitte jetzt das bitte zu Protokoll zu nehmen. Wir hatten uns dann bei der Stadtverwaltung erkundigt und die hat uns gesagt, jawohl dieses Stückchen, was da zurzeit noch fehlt, soll demnächst in Angriff genommen werden. Das soll 2013 noch realisiert werden. Wir hoffen auch, dass dies in dieser Form noch 2013 zu tragen kommt und ich hätte gern noch mal die Bitte an das zuständige Amt der Stadtverwaltung, ob dies auch tatsächlich so der Fall ist."

Daraufhin erklärte Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr: "Sie haben ja schon aus der Verwaltung offensichtlich die Auskunft erhalten, dass das Ganze halt so vorgesehen ist. Da unterstelle ich mal, dass das auch eine richtige Auskunft ist und insofern gehen Sie mal davon aus, dass das dann so auch passiert. Meine Aussage kann zu ihrer Anfrage dann so zu Protokoll genommen werden."

03

Die Begründung (Anlage 4) zum Bebauungsplan ANV621 "Wohnbebauung südlich der Augsburger Straße im Wohnquartier Nord" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a - d beigelegt.

10.20. **Vertrag über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt** 1078/13
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 28.08.2013 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2013 ebenfalls (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der als Anlage beiliegende Vertrag einschließlich der Protokollnotiz wird bestätigt. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung des Vertrages.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

10.21. **Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer** 1082/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

vertagt

10.22. Nutzung des ehemaligen Jugendhauses "Urne" als generationenübergreifendes Stadtteilzentrum und Wiedereröffnung der Stadtteilbibliothek 1089/13
Einr.: Ortsteilbürgermeister Herrenberg

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ortsteilrat Herrenberg bestätigte die Vorlage in seiner Sitzung am 18.06.2013 (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem lag ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Beratung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Jugendhilfeausschuss vor.

Der Ortsteilbürgermeister Herrenberg erläuterte nochmals kurz die Intension des Antrages sowie die Notwendigkeit der Stadtteilbibliothek vor Ort. Daher bat er um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug zu seinem Vorredner und zur Problemdarstellung vor Ort. Im Namen seiner Fraktion sprach er sich ebenfalls für die Verweisung der Vorlage in die Beratung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, des Jugendhilfeausschusses, des Ausschusses für Bildung und Sport, des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie des Kulturausschusses. Des Weiteren bat er - im Falle der Verweisung der Drucksache - darum, dass die Drucksache 1257/13, welche eigentlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben behandelt werden soll, dass diese bis zur Abstimmung über diese Vorlage (DS 1089/13) zurückgestellt werde.

Herr Metz, Fraktion SPD, begrüßte den Vorschlag seines Vorredners die genannte Drucksache 1257/13 bis zu einer Entscheidung über diese Vorlage zu vertagen.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion SPD, signalisierte die Zustimmung zur Vorlage. Zudem fragte er die Verwaltung, ob ein Zusammenführen beider Konzepte - die Stadtteilbibliothek in das generationsübergreifende Stadtteilzentrum zu integrieren - präferiert werde und aus Platzgründen überhaupt möglich sei bzw. welche Lösung angestrebt werde.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, bezog Stellung zur Thematik und gab zu Bedenken, dass die Integration einer Bibliothek in das generationsübergreifende Stadtteilzentrum nicht absehbar sei. Zudem werde die Verwaltung selbst keinen Antrag für die Sanierung der Bibliothek stellen, da die Mittel für Bibliotheken nach den Gesetzen vorwiegend in die modernen Medien gehen sollen. Im Falle einer Entscheidung für die Sanierung der Bibliothek werde diese gemeinsam mit den bereits bestehenden Bibliotheken im Bibliothekskonzept betrieben werden.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. Hierbei nahm er insbesondere nochmals Bezug zu den NPD-

Plakaten und erklärte, dass die Präsenz von Rechtsextremismus zurück genommen werden müsse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die von den Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Verweisung der Drucksache in die Beratung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, des Jugendhilfeausschusses, des Ausschusses für Bildung und Sport, des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie des Kulturausschusses.

Zudem wurde sich in diesem Zusammenhang einvernehmlich darauf geeinigt, dass die Drucksache 1257/13 bis zu einer Entscheidung zurückgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Verwiesen in Ausschuss

**10.23. Verlängerung der Öffnungszeiten für die Erfurter Außen- 1164/13
gastronomie
Einr.: Fraktion CDU**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat bestätigte die Dringlichkeit der Vorlage in seiner Sitzung am 03.07.2013 nicht.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1649/13 vor.

Zudem lag ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Beratungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligung, des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile sowie in den Kulturausschuss vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Huck, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages. Der Verweisung werde seine Fraktion zustimmen, da nun noch genug Zeit bis zum Sommer nächsten Jahres sei. Dem Antrag der Fraktion SPD stehe seine Fraktion kritisch gegenüber, jedoch sollte dieser ebenfalls in die Ausschüsse verwiesen werden um eine parallele Prüfung beider Anträge durchführen zu können.
- Herr Metz, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Hierbei sei es insbesondere ihr Anliegen die Bürger mit einzubeziehen und die Attraktivität der Stadt zu berücksichtigen. Zusammenfassend gab er zu bedenken, dass die Mehrheit der gastronomischen Einrichtungen mit dem Antrag der Fraktion CDU schlechter gestellt werden würden als dies momentan der Fall sei.

- Herr Huck, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und hinterfragte die Zahl der angeblich schlechter gestellten Biergärten. Weiterhin fragte er nach der fehlenden Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion SPD.
- Herr Götze, Leiter des Bereiches Oberbürgermeister für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten (BOI) und Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit, erläuterte hierzu die derzeit gültige Regelung des § 5 Gaststättengesetz. Laut diesem beginnt die Sperrzeit 01:00 Uhr und endet 06:00 Uhr. Mit der Vorlage der Fraktion CDU würde die Sperrzeit bereits um 24:00 Uhr beginnen.
Die mündliche Stellungnahme zum SPD-Antrag gab er zu Protokoll: "Der SPD-Antrag bezweckt nun die Tageslärnwerte eine Stunde länger anzuwenden. das ist genau das, was das City-Management von uns gefordert hat. Wir haben derzeit die Situation, dass die Nachtzeit um 22:00 Uhr beginnt und damit gelten in der gesamten Stadt die Nachtlärnwerte, das heißt sie müssen sich extrem leise durch die Stadt bewegen und damit ist der Betrieb eines Biergartens schon recht schwierig. Deswegen hat das City-Management uns darum gebeten, die Taglärnwerte nach § 5 der TA Lärm eine Stunde länger anzuwenden und das ist jetzt der Antrag den die SPD auch gestellt hat, dass das noch mal geprüft wird. Das muss man mit dem Landesverwaltungsamt gegebenenfalls abstimmen, ob man hier eine Rechtsverordnung erlassen kann oder ob das nur im Wege einer Einzelfallregelung geht. Und damit hätten wir ein sehr viel bessere Regelung für die Gaststättenbetreiber als wir sie jetzt haben."
- Herr Huck, Fraktion CDU, ging nochmals auf seine genaue Frage ein, warum die Stellungnahme nicht schriftlich vorliege.
- Herr Götze, Leiter des Bereiches Oberbürgermeister für innere Verwaltung und Ratsangelegenheiten (BOI) und Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit, begründete dies mit der kurzfristigen Einreichung des Antrages und verwies auf die jederzeit mögliche - und zuvor abgegebene - mündliche Stellungnahme.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Metz.
- Herr Metz, Fraktion SPD, ging auf seinen Vorredner ein und wies nochmals auf das Anliegen des Antrages seiner Fraktion hin, in dieser Thematik Rechtssicherheit gewährleisten zu können.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, regte an nochmals über beide Anträge zu beraten und somit der Verweisung zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit fasste die Stadtratsvorsitzende nochmals zusammen und rief zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Zustimmung des Einreichers, der Fraktion CDU, auf Verweisung der Vorlage 1164/13 sowie des Antrages der Fraktion SPD mit Drucksache 1649/13 in die Beratung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligung, des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile sowie in den Kulturausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurden beide Anträge (Drucksache 1164/13 und Drucksache 1649/13) in die oben genannten Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

10.23.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 1164/13 - Verlängerung der Öffnungszeiten für die Erfurter Außengastronomie 1649/13

Verwiesen in Ausschuss

10.24. Jahresrechnung 2012 1218/13
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 14.08.2013 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Jahresrechnung 2012 und der Rechenschaftsbericht 2012 werden dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

10.26. Bebauungsplan ILV654 "Magdeburger Allee/Stollbergstraße"; Aufstellungsbeschluss 1244/13
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2013 bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 28 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Für den Bereich innerhalb der Straßen Magdeburger Allee, Oststraße, Feldstraße und Stollbergstraße soll gemäß § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan ILV654 "Magdeburger Allee - Stollbergstraße" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

im Norden: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Oststraße

im Osten: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Feldstraße

im Süden: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Stollbergstraße

im Westen: durch den Beginn des öffentlichen Straßenraumes der Magdeburger Allee

(siehe Anlage 1)

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

Schutz und Entwicklung der bestehenden gründerzeitlichen Blockstruktur in ihrer Nutzung und Raumstruktur durch

- Erhaltung und Sicherung der Wohnnutzung
- Schaffung und Sicherung eines adäquaten Freiraumanteils und Ordnung der Blockinnenbereiche
- Ausschluss von die Wohnqualität mindernden und störenden Nutzungen im Blockinnenbereich und von wohngebietsunverträglichen offenen Stellplatzanlagen
- Sicherung der Nutzungsmischung mit nicht störenden gewerblichen Nutzungen; Ausschluss von Vergnügungstätten
- Sicherung der Umsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Erfurt
- Erhalt und Weiterentwicklung des für Ilversgehofen typischen Ortsbildes.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses (Übersichtsskizze) ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

10.28. **Feststellung der Jahresrechnung 2011** 1285/13
 Eintr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 28.08.2013 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Jahresrechnung 2011 wird auf Grundlage des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 80 Abs. 3 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) festgestellt.

10.29. **Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin** 1288/13
 sowie der Beigeordneten
 Eintr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 28.08.2013 bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 1).

Zudem wies die Stadtratsvorsitzende auf Folgendes hin:

Der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin sowie die Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich geleitet oder den Oberbürgermeister vertreten haben, sind von der Beratung und Abstimmung über ihre eigene Entlastung nach § 80 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 38 Abs. 1 Satz 1 ThürKO ausgeschlossen.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 1

Beschluss

Der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin und die Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich geleitet haben, werden gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO für das Haushaltsjahr 2011 auf Grundlage des Schlussberichts entlastet. Darüber hinaus werden die Bürgermeisterin und die Beigeordneten, die den Oberbürgermeister vertreten haben, nach § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO für das Haushaltsjahr 2011 auf Grundlage des Schlussberichtes entlastet.

**10.30. Bebauungsplan BIN553 "Straßenquerverbindung Binders- 1292/13
 lebener Landstraße-Gothaer Straße (B7)"- Satzungsbe-
 schluss
 Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Schmira die Drucksache in seiner Sitzung am 26.08.2013 zur Kenntnis nahm.

Der Ortsteilrat Bindersleben war in seiner Sitzung am 29.08.2013 nicht beschlussfähig.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2013 (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt den Bebau-

ungsplan BIN553 "Straßenquerverbindung Binderslebener Landstraße-Gothaer Straße (B7)" bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 12.08.2013, als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 3) zum Bebauungsplan BIN553 "Straßenquerverbindung Binderslebener Landstraße-Gothaer Straße (B7)" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

05

Zum Schutz der in Anlage 3.1 markierten Gebäude wird die Landeshauptstadt Erfurt passive Lärmschutzmaßnahmen entsprechend Hinweis 1.1. im Bebauungsplan BIN553 „Straßenverbindung Binderslebener Landstraße - Gothaer Straße (B7)“ finanzieren.

Unter Zugrundelegung der verkehrsrechtlichen Anordnung einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf dem Teilabschnitt zwischen der Anbindung der Straße "Am Tennisplatz" und dem Gebäude Binderslebener Landstraße Nr. 112, sind durch die Landeshauptstadt Erfurt passive Lärmschutzmaßnahmen im derzeit geschätzten Umfang von ca. 150.000 € zu finanzieren.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- durch gutachterliche Untersuchung der anspruchsberechtigten Gebäude die zu erwartenden Kosten und die künftigen Haushaltsansätze entsprechend der vorgesehenen Maßnahmen zu präzisieren
- und in geeigneter Weise sicherzustellen, dass die Finanzierung fällig werdender Ansprüche gewährleistet ist.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4 a - d beigefügt.

10.31. Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV562 "Beim Bun- 1295/13
ten Mantel" - Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 03.09.2013 bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldung gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) beschließt der Stadtrat Erfurt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel", bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2 M 1: 500) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 12.08.2013, mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 4) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan BRV562 "Beim Bunten Mantel" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 5 a - c beigelegt.

10.32. Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Flughafen 1298/13
 Erfurt GmbH
 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 05.09.2013 zur Kenntnis genommen nahm, da kein Namensvorschlag vorlag (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Im Vorfeld der Sitzung wurde von der Fraktion SPD Herr Prof. Dr. Klaus Merforth benannt.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache mit namentlicher Benennung zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt entsendet auf der Grundlage der Regelungen im § 13 des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Erfurt GmbH

Herrn Prof. Dr. Klaus Merforth

mit Datum der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung, in der über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2012 entschieden wird, in den Aufsichtsrat der Gesellschaft.

10.33. Letter of Intent Projekt "Abfallbehandlung in der Partnerstadt Haifa" 1356/13
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 10.09.2013 bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 3). Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Beratung zur Unterstützung der Partnerstadt Haifa bei der Ausrichtung ihrer Abfallentsorgung an modernsten internationalen Standards, einen Letter of Intent zu unterzeichnen.

10.34. Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung 1399/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Verwiesen in Ausschuss

10.36. Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung 1466/13
zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen
der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13)
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1626/13 vor. Dieser ersetzt die Ursprungsdrucksache.

Zudem lag ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Beratung des Kulturausschusses, des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Huck, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages und zeigte sich unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung. Zudem bat er um Zustimmung zum Antrag.

- Herr Metz, Fraktion SPD, sprach sich für die Notwendigkeit der Überarbeitung der Benutzungs- und Entgeltordnung aus. Dies sei auch bei der damaligen Bearbeitung bereits die Absicht gewesen, nach einer Evaluierung die Thematik wieder aufzugreifen. Daher sei eine Verweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse sinnvoll.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob zum jetzigen Zeitpunkt bereits eine Evaluierung vorliege, mit der man arbeiten könne.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, gab hierzu bekannt, dass bereits einige Ansatzpunkte zu Problemen und Fragen von Vereinen vorliegen.
- In Bezug darauf bat Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., im Namen seiner Fraktion darum, dass die Diskussion in den Ausschüssen erst erfolgen solle, wenn einige Zahlen einer ersten Evaluierung vorliegen.
- Herr Huck, Fraktion CDU, signalisierte die Zustimmung zur Verweisung. Jedoch sei trotz dessen eine zügige Lösung notwendig.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, betonte ebenfalls die Notwendigkeit einer schnellen Zuarbeit genauer Zahlen und die Kooperation mit der Verwaltung in dieser Thematik.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte bereits vorliegende Problemfälle.
- Herr Metz, Fraktion SPD, bat um die Problemdarstellung anhand der Beispiele von Frau Thierbach in den Ausschüssen.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, bezog sich auf die Kooperationen mit der Universität und der Fachhochschule.
- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hielt ebenfalls eine zügige Lösung für notwendig.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, ging abschließend auf den Vertrag der Stadt mit der Universität und der Fachhochschule ein und betonte nochmals, dass dies ein typischer Kooperationsvertrag und somit ausgeschlossen von der Benutzungs- und Entgeltordnung sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Vorlage in die Beratung des Kulturausschusses, des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben mit dem Hinweis, dass zu den Sitzungen der Ausschüsse Zahlen einer ersten Evaluierung vorgelegt sowie bisher festgestellte Problemfälle kurz vorgestellt werden sollen, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	5

Damit wurde die Verweisung der Vorlage in die oben genannten Ausschüsse bestätigt.

Verwiesen in Ausschuss

10.36.1. Antrag der Fraktion CDU zur DS 1466/13 - Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13) 1626/13

Verwiesen in Ausschuss

10.37. Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzungen 1468/13
Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1664/13 vor, dieser ersetzt die Ursprungsdrucksache.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 1664/13) zur Abstimmung auf.

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

Beschluss

01

Als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird Herr Michael König benannt.

02

Herr Axel Hoppe wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile abberufen.

03

Als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bildung und Sport wird Herr Axel Hoppe benannt.

10.37.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 1468/13 - Besetzung des 3. sachkundigen Bürgers in den Ausschüssen und Nachbesetzungen 1664/13

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

10.40. Tantiemen abschaffen 1498/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Wähler in die Beratung des Hauptausschusses, des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages und wies darauf hin, dass dies für zukünftige Verträge gelten solle. Zudem werde seine Fraktion einer nochmaligen Beratung der Drucksache in den genannten Ausschüssen zustimmen.
- Herr Huck, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. Nach seiner Auffassung müssten die aktuellen Zahlen und Zielsetzungen für die Tantiemen jedes Jahr entsprechend neu festgesetzt werden. Der Verweisung der Vorlage werde seine Fraktion zustimmen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Aussagen seines Vorredners zu und betonte, dass es wichtig sei eine einheitliche Lösung zu finden. Daher sollte dies in den Ausschüssen nochmals beraten werden.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, nahm bezug zu den Aussagen von Herrn Huck und stellte ihm eine Nachfrage.
- Herr Huck, Fraktion CDU, beantwortete die Frage.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Wähler auf Verweisung der Vorlage in die Beratung des Hauptausschusses, des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligung zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Damit wurde die Drucksache in die oben genannten Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

11. Informationen

- 11.1. Genehmigung Haushaltssatzung, Haushalts- und Finanzplan der Stadt Erfurt für das Haushaltsjahr 2013 1422/13
Einr.: Oberbürgermeister

Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung.

zur Kenntnis genommen

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in